



SOS NICARAGUA EUROPA

Newsletter
OCT 2020 - DE



Source: despacho505.com

ORTEGA STECKT DEN WEG BIS ZU DEN WAHLEN 2021 MIT DREI ULTRA-REPRESSIVEN GESETZEN AB **OKT 2020**

Dieser Monat war von parlamentarischen Aktivitäten in Nicaragua geprägt. Die Diktatur Ortega arbeitet bereits hart daran, den Weg für die Wahlen im Jahr 2021 vorzubereiten. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über ausländische Agenten und des Gesetzesvorschlags über Cyber- und Hassverbrechen hat Ortega formidable Instrumente bekommen, um jeden Gegner zum Schweigen zu bringen. Die Präsidentschaftswahlen 2021, die die Hoffnung auf einen demokratischen Ausweg aus der sozio-politischen Krise sind, hat er keineswegs gewonnen, vor allem dann nicht, wenn wir freie, transparente, faire und ordnungsgemäß überwachte Wahlen erwarten.

LOIS LIBERTICIDES

Gesetz zur Regulierung ausländischer Agenten

bekannt als Putin's Law: Die Legalisierung des Faschismus

Da die Wahlen für November 2021 geplant sind, bereitet sich Ortega auf die nächsten Wahlen vor, indem er drei freiheitsberaubende Gesetze verabschiedet, mit denen abweichende Stimmen auf verschiedenen Ebenen mundtot gemacht werden sollen. Am Donnerstag, den 15. Oktober 2020, verabschiedete die Nationalversammlung Nicaraguas, die unter der Hegemonie von Ortegas politischer Partei, der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN), steht, ein Gesetz, das die Regulierung "ausländischer Agenten" im Gebiet erlaubt und Einschränkungen der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zulässt. Das Gesetz trat vier Tage später, am 19. Oktober, in Kraft.

Das Gesetz wurde von menschenrechtsorganisationen und der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen heftig missbilligt, die es als einen Angriff auf grundlegende Menschenrechte betrachtet, insbesondere wegen seiner Bestimmungen gegen die Pressefreiheit, die Vereinigungsfreiheit, die Unternehmensfreiheit und als immenses Hindernis für die internationale Zusammenarbeit.

Der Text verpflichtet jede natürliche oder juristische Person, die Hilfe oder Gelder aus dem Ausland erhält, sich beim Innenministerium zu

registrieren und sich damit der Finanzkontrolle zu unterziehen.

Diese Kontrolle wird von der Opposition als übertrieben empfunden. Darüber hinaus führt die Regierung eine regelmäßige Überwachung durch, die gleichzeitig sogenannten "ausländischen" Agenten verbietet, sich an der Innenpolitik des Landes zu beteiligen oder gar Organisationen zu finanzieren, die als politisch eingestuft werden. Der Europaabgeordnete J. M. Bauzá sieht in diesem neuen Gesetz eine Bedrohung für die Präsidentschaftswahlen, die im November nächsten Jahres stattfinden sollen.

DAS KNEBEL-GESETZ, UM DIE OPPOSITION ZUM SCHWEIGEN ZU BRINGEN UND DIE BEVÖLKERUNG ZU KONTROLLIEREN

Das Gesetz über Cyberkriminalität oder "Gag Rule" (wie es von erfahrenen Studenten der Opposition genannt wird) bezieht sich auf Verbrechen, die von "den Medien der Informations- und Kommunikationstechnologie zum Nachteil natürlicher oder juristischer Personen" begangen werden sowie auf die freie Meinungsäußerung der gesamten Bevölkerung.

Am 27. Oktober wurde das Gesetz mit 70 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen verabschiedet. Die Verbreitung falscher, irreführender oder nicht autorisierter Informationen wird mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft. Das Gesetz zur Cyberkriminalität wird auch diejenigen bestrafen, die Computersysteme benutzen, um Daten, Dokumente oder Informationen von öffentlichen oder privaten Einrichtungen mit öffentlichen Dienstleistungen zu erhalten. Die offizielle Telekommunikationsregulierungsbehörde kann Unternehmen, Medien und anderen Einrichtungen anordnen, ihre Datenbanken für bis zu drei Monate einzufrieren und auf sie zuzugreifen. Auch die Polizei und die Staatsanwaltschaft können diese Informationen erhalten.

ORTEGA'S SPEERSPITZE WIRD LANGSAM GESCHMIEDET

Die Diktatur war schnell dabei, der Nationalversammlung einen weiteren Gesetzentwurf vorzulegen, der die Trilogie der freiheitszerstörenden Gesetze vervollständigt: das Gesetz über Hassverbrechen.

Dieser von den sandinistischen Abgeordneten vorgelegte Gesetzentwurf zielt darauf ab, den Artikel 37 der Verfassung der Republik Nicaragua zu reformieren, um lebenslange Haftstrafen einzuführen. Dieses Gesetz würde eine direkte Bedrohung für die Oppositionsführer darstellen.

Diese drei Gesetze haben sowohl im Land als auch international heftige Reaktionen hervorgerufen. Trotz des 2018 verhängten

Demonstrationsverbots prangerten die Studenten, insbesondere diejenigen der Nicaraguanischen Universitätsallianz (AUN), die ultra-repressiven Auswüchse schnell an. Während der Proteste waren "Nein zum Knebel", "Nein zur Zensur" und "Fuera (Weg mit) Ortega" zu hören. Die Polizei von Ortega setzte schnell ihre Kräfte ein, um die Ausbreitung des Protests zu verhindern.

Das Europäische Parlament wird aktiv



Das Europäische Parlament reagierte seinerseits schnell, indem es die Resolution zum nicaraguanischen Gesetz über "ausländische Agenten" verabschiedete, als Reaktion auf den Dreizack der von der Ortega-Murillo-Diktatur verhängten freiheitsberaubenden Gesetze.

Am Donnerstag, den 8. Oktober, nahm das Europäische Parlament mit 609 Ja-Stimmen, 21 Gegenstimmen und 64 Enthaltungen die Resolution Nr. P9_TA-PROV(2020)0259 an, die in vierzehn Punkten die neuen nicaraguanischen Gesetze verurteilt, die die grundlegenden Menschenrechte verletzen: das verfassungswidrige Gesetz über die Überwachung ausländischer Agenten, das Sondergesetz über Cyberkriminalität und das Gesetz über Hassverbrechen". Die Resolution fordert den Europäischen Rat auf, "rasch" Sanktionen gegen andere Amtsträger des Regimes, "einschließlich des Präsidenten und der Vizepräsidentin", zu verhängen. Die Resolution warnt die Diktatur und erinnert daran, dass Nicaragua aus dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den zentralamerikanischen Ländern ausgeschlossen werden könnte.

Europäischer Rat überprüft und erneuert Sanktionen

Am 12. Oktober verlängerte der Europäische Rat die im Oktober 2019 gegen die Diktatur Ortega-Murillo verhängten Sanktionen um ein Jahr. Dies ermöglicht es der Europäischen Union, individuelle und gezielte Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die die Menschenrechte oder die Demokratie verletzen. Tatsächlich bestehen die derzeitigen Sanktionen aus einem Einreiseverbot in das Gebiet der Union und dem Einfrieren des Vermögens natürlicher oder juristischer Personen. Gegenwärtig sind folgende Personen von den Sanktionen betroffen

- **Ramón Antonio AVELLÁN MEDAL**, Stellvertretender Generaldirektor der Nationalen Polizei von Nicaragua und ehemaliger Polizeichef von Masaya

- **Sonia CASTRO GONZÁLEZ**, Sonderberaterin des Präsidenten von Nicaragua für Gesundheit und ehemalige Gesundheitsministerin
- **Francisco Javier DÍAZ MADRIZ**, Generaldirektor der nicaraguanischen Nationalpolizei seit dem 23. August 2018 und vormaliger stellvertretender Generaldirektor
- **Néstor MONCADA LAU**, Persönlicher Berater des Präsidenten von Nicaragua in Fragen der nationalen Sicherheit,,
- **Luís PÉREZ OLIVAS**, Generalkommissar und Hauptkommissar des Strafvollzugszentrums „El Chipote“,
- **Justo PASTOR URBINA**, Abteilungsleiter der Direktion für polizeiliche Sondereinsätze der Polizei (DOEP)

Resolution

der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Die Generalversammlung der OAS hat am Mittwoch, 21. Oktober 2020, die Resolution "Wiederherstellung der demokratischen Institutionen und Achtung der Menschenrechte in Nicaragua durch freie und faire Wahlen" angenommen, die das Regime von Daniel Ortega auffordert, vor Mai 2021 eine mit der Opposition ausgehandelte Wahlreform zu verabschieden.

Die Resolution fordert die Modernisierung des Obersten Wahlrates (CSE), der von der Regierungspartei kontrolliert wird. Sie fordert Ortega ferner auf, unabhängige Wahlbeobachtungsmissionen zu akzeptieren und die Grundfreiheiten, einschließlich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, zu garantieren. Der politische Prozess muss pluralistisch sein und zur wirksamen Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte, einschließlich des Rechts auf friedliche Versammlungs- und Meinungsfreiheit, sowie zur möglichen Registrierung neuer politischer Parteien führen.

In diesem Zusammenhang äußerten sich die Minister besorgt über die Anwendung von Gesetzen zur Einschüchterung oder Bedrohung von Mitgliedern pro-demokratischer Gruppen und unabhängiger Medien in Nicaragua, einschließlich der drei oben erläuterten Gesetze, die das Rückgrat von Ortega bilden.



***Diese
Gesetze
untergraben laut
IACHR die
Ausübung des
sozialen Protests
und der
Meinungsfreiheit
sowie das Recht
auf Teilnahme an
öffentlichen
Angelegenheiten
und das
Vereinigungsrecht***

MEINTE DIE
GENERALVERSAMMLUNG

SANKTIONIERTEN PERSONEN

WASHINGTON ERWEITERT DIE LISTE DER SANKTIONIERTEN PERSONEN

Im Gegenzug sanktionierte Washington hochrangige Vertreter des Regimes und erhöhte damit den Druck auf das menschenrechtsverletzende Regime.

Die neuen Sanktionen gelten für: Präsidialsekretär Paul Oquist, Generalstaatsanwältin Ana Julia Guido und die „Caja Rural Nacional (Caruna)“, eine nicaraguanische Spar- und Kreditgenossenschaft. Jüngste Enthüllungen machen deutlich, dass diese Institution im Auftrag der Regierung über die Ölgesellschaft ALBA "Geld umgeleitet" hat und damit die unrechtmäßige Bereicherung von Ortega und seiner Familie ermöglichte.

POLITISCHE GEFANGENE NÄHEN AUS PROTEST IHRE LIPPEN ZUSAMMEN

Inmitten der Feierlichkeiten zum 41. Jahrestag des Innenministeriums am 19. Oktober bezeichneten der Diktator Daniel Ortega und seine Stellvertreterin Rosario Murillo die Proteste der Angehörigen der politischen Gefangenen, die Folter und staatliche Gewalt anprangerten, als "erfunden".

Die politischen Gefangenen, die im Land immer zahlreicher werden, leben unter menschenunwürdigen Bedingungen in den Kerkern des Regimes. In den früheren Ausgaben dieses Newsletters wurden die Kriminalisierung der Bürgerproteste und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen diskutiert und angeprangert. Im Gefängnis "La Modelo" sind seit dem 30. September drei Gefangene in einen Hungerstreik getreten. Um ihre Aktion des friedlichen Kampfes durchzuführen, nähten sie sich den Mund (und später noch die Augenlider) zu und schickten gleichzeitig einen Brief an Papst Franziskus, in dem sie ihn baten, für sie Fürsprache zu halten. Einige Tage später folgten dieser Aufforderung mehrere andere politische Gefangene, die ebenfalls in den Hungerstreik traten. Sie bitten ihrerseits um die Unterstützung internationaler Akteure (OAS, EU, USA usw.). Ortega brauchte nicht lange, um zu antworten und beschuldigte diese Aktionen bei eben diesen Organisationen als reine Manipulationshebel.

Im gleichen Sinne hat das nicaraguanische Staatsministerium kürzlich eine Abteilung für Fälle geschaffen, in denen es um die Teilnahme an regierungsfeindlichen Demonstrationen geht. Diese Einheit, die von der Zeitung "Confidencial" als "Fabrik der Verbrechen und Vergehen gegen politische Gefangene in Nicaragua" bezeichnet wird, hat nach Angaben von Quellen innerhalb und außerhalb der Staatsanwaltschaft, die diese Informationen an die Zeitung weitergaben, als einziges Ziel die Kriminalisierung der Handlungen von Bürgern, die an der Volkserhebung im April beteiligt waren.

Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Nicaragua

Seit mehr als einem Jahr hat die Zentralbank von Nicaragua mehrere der Wirtschaftsindikatoren des Landes versteckt, was die Nachverfolgung der Situation erschwert. Dies ist für viele Beobachter und Wirtschaftsakteure in diesem Land, das eine der ärmsten Volkswirtschaften Zentralamerikas hat, ein Grund zu großer Bestürzung.

Das französische Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten gibt auf seiner Website an, dass das BIP Nicaraguas 13,1 Milliarden US-Dollar beträgt. Zum Vergleich: Costa Rica, das für viele nicaraguanische Staatsangehörige ein Exilland ist, hat ein BIP von 60,13 Milliarden Dollar.

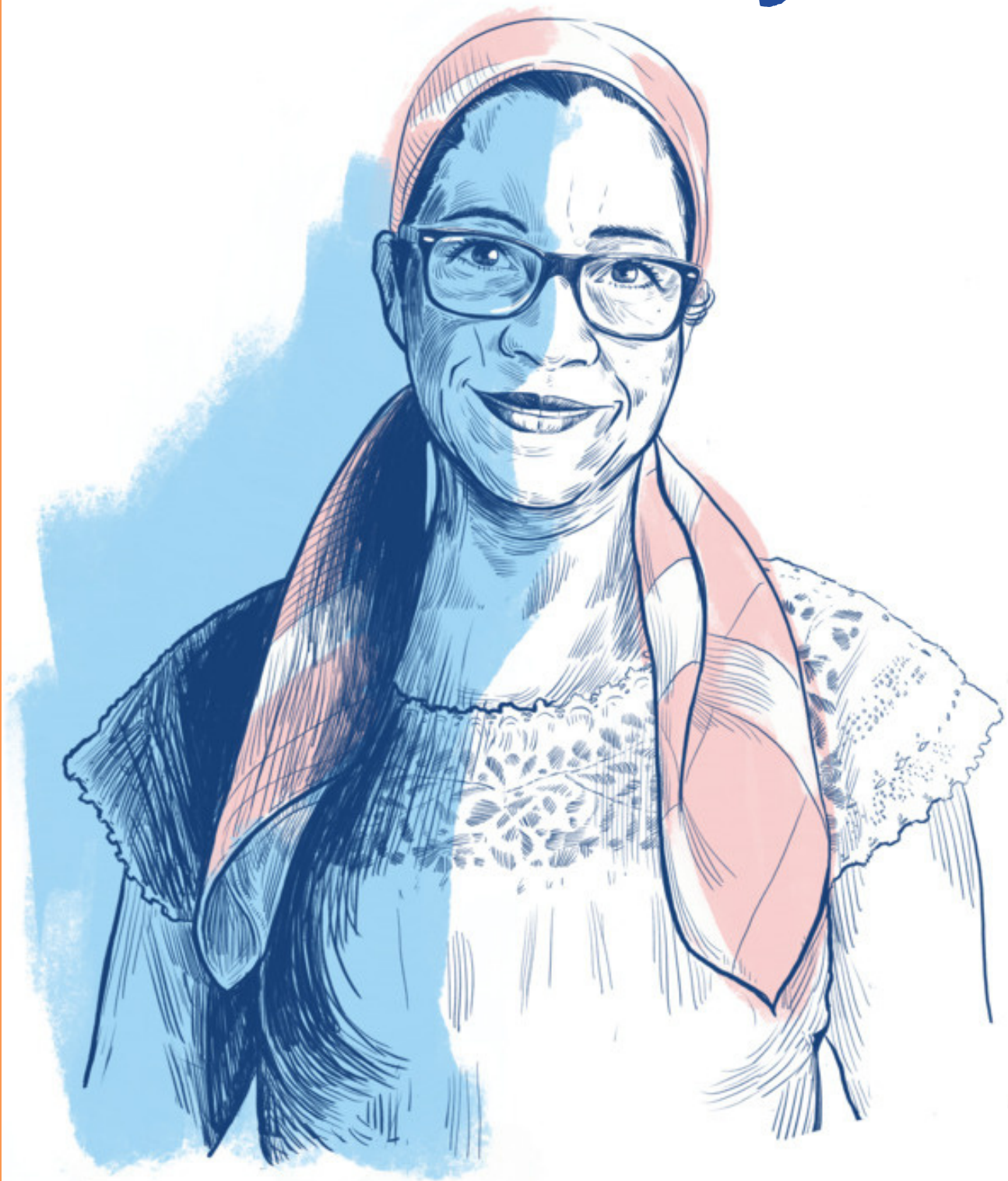
Seit 2018 hat Nicaragua Berichten zufolge mehr als 200.000 Arbeitsplätze verloren, so ein Bericht der Zentralbank von Nicaragua. Im August zählte die Sozialversicherung insgesamt 695.867 Arbeitnehmer, was einem Rückgang von 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Diese Zahl ist in den letzten Jahren rückläufig gewesen. Zum Vergleich: Im November 2017 zählte das Sozialversicherungssystem 921.328 Arbeitnehmer, um seine Kassen aufzufüllen. Dies lässt sich durch die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise in Zentralamerika, aber auch durch die negativen externen Effekte der Diktatur erklären.

In einem autoritären Regime, in dem die allgemein durch Verfassungstexte garantierten Grundfreiheiten, insbesondere die unternehmerische Freiheit, untergraben werden, sind die Auswirkungen auf die Wirtschaft in der Tat unwiderruflich.

Lottie Cunningham gewinnt den Alternativen Nobelpreis

Am 1. Oktober gab die schwedische Right Livelihood Award Foundation bekannt, dass die nicaraguanische Anwältin Lottie Cunningham Wren den Alternativen Nobelpreis für ihren Kampf für die Rechte indigener Völker erhalten wird. Die Umweltschützerin wurde "für ihren unermüdlichen Einsatz für den Schutz indigener Gebiete und Gemeinden vor Ausbeutung und Plünderung" ausgezeichnet.

Lottie Cunningham



ALTERNATIVER NOBELPREIS

"für sein unermüdliches Engagement für den Schutz vor Ausbeutung und Plünderung indigener Länder und Gemeinschaften"

WIE ORTEGA DAS GESETZ ALS INSTRUMENT BENUTZT: DAS GESETZ ÜBER AUSLÄNDISCHE AGENTEN AUS DER PERSPEKTIVE DES GESETZES ÜBER FREIHEITEN

Von Sarah Schmalian

Offiziell besteht der Zweck des Gesetzes über ausländische Agenten darin, die nationale Souveränität zu schützen. In der Tat beginnt der Gesetzentwurf vom 22. September dieses Jahres mit einem Verweis auf Artikel 1 der Verfassung der Republik Nicaragua, der Unabhängigkeit, Souveränität und nationale Selbstbestimmung zu "unveräußerlichen Rechten des Volkes und zur Grundlage der nicaraguanischen Nation" macht. Genauer gesagt begründet die Regierung die Rechtfertigung dieses Gesetzes mit der "Pflicht aller Nicaraguaner, diese Rechte zu bewahren und zu verteidigen". Diese Rhetorik ist insofern besonders verhängnisvoll, da sie der nicaraguanischen Regierung ermöglicht, der internationalen Gemeinschaft Tendenzen zur Intervention vorzuwerfen, sollte diese aufgrund dieses Gesetzes Sanktionen gegen sie verhängen.

In Wirklichkeit zielt das fragliche Gesetz nur darauf ab, die bürgerlichen und politischen Rechte aller natürlichen oder juristischen Personen, die in seinen Geltungsbereich fallen, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und sie drastisch einschränken. Der freiheitszerstörende Geltungsbereich dieser Gesetzgebung ergibt sich zum einen aus ihrem Anwendungsbereich und zum anderen aus dem von ihr geschaffenen rechtlichem Rahmen.



SARAH SCHMALIAN

Sarah Schmalian ist Studentin des Masterstudiengangs "Rechte der Freiheitsrechte - Kurs im öffentlichen Recht" an der Universität Grenoble.

Sie ist auch Mitglied der Jugend-Antenne von Amnesty International, des Studentenparlaments von Grenoble und der « Association dauphinoise de droit public ».

Der Geltungsbereich des Gesetzes ist besonders weit gefasst. Jede Beziehung zwischen "Regierungen, Stiftungen, Unternehmen oder Vereinigungen" ausländischer Herkunft und "jeder natürlichen oder juristischen Person", die sich in Nicaragua aufhält, gibt einen Anhaltspunkt zur Anwendung des betreffenden Gesetzes. Angesichts der Tatsache, dass jede "natürliche oder juristische Person", die "als Agent, Vertreter, Angestellter (...), Dienstleistender (...), Berater (...), Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit (...), Werbeagent (...), Mitarbeiter von Informationsdiensten (...), politischer Berater" arbeitet oder "eine andere Tätigkeit ausübt", als ausländischer Agent eingestuft werden kann, wenn sie direkt von einer ausländischen Organisation oder indirekt von einer natürlichen oder juristischen Person, die nach diesem Gesetz ebenfalls als ausländischer Agent qualifiziert werden kann, "beaufsichtigt, geleitet, kontrolliert, finanziert oder subventioniert" wird. Darüber hinaus kann die Verwendung von Geldern oder "jedwedem Wert" für oder im Interesse einer ausländischen Organisation und die direkte oder indirekte Vertretung der Interessen ausländischer Organisationen vor einer nicaraguanischen Staatsstruktur ebenfalls zur Anwendung dieses Gesetzes führen. Auf diese Weise hat die Regierung sichergestellt, dass praktisch die gesamte Zivilgesellschaft von diesem Gesetz erfasst wird.

« Jede natürliche oder juristische Person in Nicaragua führt wahrscheinlich zur Anwendung des betreffenden Gesetzes »

Darüberhinaus wird der Begriff der ausländischen Finanzierung in einem besonders weiten Sinne verstanden. Erstens, weil die Art des letzteren keine Auswirkungen auf die Qualifikation einer Person oder Einrichtung als ausländischer Agent hat. Tatsächlich können "Gelder, Güter oder andere Wertgegenstände" eine Finanzierung darstellen. Eine solche Finanzierung kann direkt, aber auch indirekt sein. Mit anderen Worten, die Finanzierung kann von einer anderen natürlichen oder juristischen Person kommen, die als ausländischer Agent qualifiziert werden kann. Nicht zuletzt legt das Gesetz keine Mindestschwelle für die Höhe der Finanzierung fest. Das Fehlen einer solchen Bestimmung unterstreicht das wahre Ziel von Ortega. Wäre nämlich die Bekämpfung von Angriffen auf die Souveränität das eigentliche Ziel der Regierung, wäre nur die Finanzierung verboten, die zu einer erheblichen ausländischen Einmischung in das Land führen könnte. Auch die russische Gesetzgebung, die die Inspirationsquelle der Regierung ist, legt in dieser Frage keine derartigen Mindestgrenzen fest. Infolgedessen wurde ein russischer Umweltschutzverband in das Register der ausländischen Agenten eingetragen, um 500 Rubel oder 7 Euro an Fördermitteln zu erhalten.

Was die durch das Gesetz geschaffene rechtliche Regelung betrifft, so hat dies zur Folge, dass die Handlungen von Personen oder Einrichtungen, die "ausländische Vertreter" darstellen, einer genauen Überwachung und Kontrolle unterliegen, da diese verpflichtet sind, "monatlich (...) einen dokumentierten, detaillierten und nachprüfbaren Bericht über die Ausgaben, Zahlungen, Auszahlungen, Verträge und andere Aktivitäten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als ausländische Vertreter vorzulegen". Diese Bestimmung könnte die Quelle bedauerlicher Verletzungen der Grundrechte der nicaraguanischen Bürger sein. Tatsächlich dürfte sie in Anbetracht ihres breiten Anwendungsbereichs fast die gesamte Zivilgesellschaft unter Beobachtung stellen. Und es ist ihnen untersagt, die erhaltenen Gelder für "zuvor nicht deklarierte Aktivitäten" zu verwenden. Das Gesetz über ausländische Agenten hat auch zur Folge, dass natürlichen oder juristischen Personen, die in seinen Geltungsbereich fallen, mehrere ihrer politischen Rechte vorenthalten werden. Artikel 12 des Gesetzes besagt, dass "es verboten ist, jegliche Art von Organisationen, Bewegungen, politischen Parteien, Koalitionen oder politischen Bündnissen oder Vereinigungen zu finanzieren oder zu fördern, die interne politische Aktivitäten in Nicaragua entwickeln", und dass sie "keine Beamten, Angestellte im öffentlichen Dienst oder Kandidaten für öffentliche Ämter jeglicher Art" sein dürfen. Dieses umstrittene Gesetz wurde etwas mehr als ein Jahr vor den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen verabschiedet. Es scheint daher „besonders angebracht“, dass der oben genannte Artikel festlegt, dass das darin enthaltene Verbot erst "ein Jahr nach dem Antrag des ausländischen Agenten auf Streichung aus dem Register der ausländischen Agenten" aufgehoben wird. Es ist leicht zu verstehen, warum der US-Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, Michael Kozak, den Text als "eine Beleidigung" der Demokratie bezeichnet hat.

«Die Regierung scheint das Ziel zu haben, gesetzgeberische Utensilien zu schaffen, die es ihr ermöglichen, die gesamte Zivilgesellschaft zu mundtot zu machen und ihre politischen Gegner zu neutralisieren»

Mit dem Gesetz über ausländische Agenten setzt die nicaraguanische Regierung ihre Gesetzesoffensive fort. Ihr Ziel scheint es zu sein, ein gesetzliches Instrument zu schaffen, um der gesamten Zivilgesellschaft einen Maulkorb anzulegen und politische Gegner zu neutralisieren. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass das "Gesetz über Cyber-Kriminalität" Strafen von bis zu vier Jahren Gefängnis vorsieht, um die Verbreitung "falscher Nachrichten" zu bekämpfen, und dass die gewählten Vertreter der FSLN an einer Verfassungsreform arbeiten, um "Hassverbrechen" mit lebenslanger Haft zu bestrafen, ein Konzept, das sehr verschwommen bleibt.

ENTWICKLUNG VON COVID

ERGEBNISSE BIS ZUM 21.
OKTOBER
2020

10 778

VERDACHTSFÄLLE
INSGESAMT

2780

TODESFÄLLE INSGESAMT,
WAHRSCHEINLICH DURCH
COVID

Source:  Observatorio Ciudadano
COVID-19 Nicaragua

DISTANCIAMIENTO SOCIAL

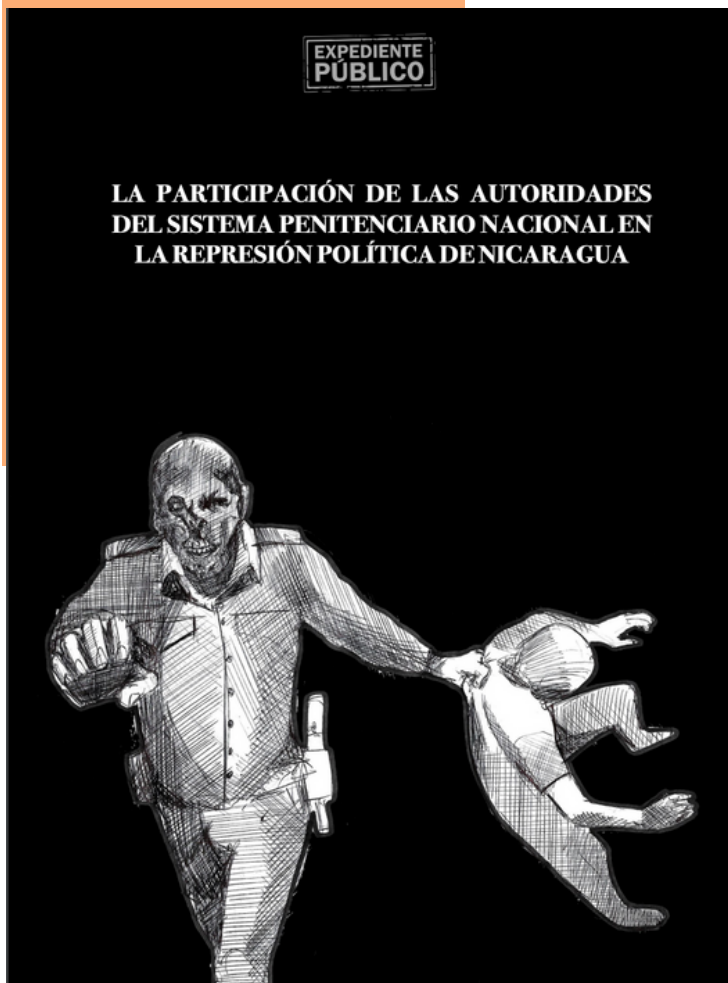
MUNDIAL

www.pxmolina.com
pxmolina@guegue.com

PMOLINA 2020



DAS GEFÄNGNISSYSTEM, DAS LETZTE GLIED IN DER REPRESSIONSKETTE DES REGIMES IN NICARAGUA



Untersuchungen belegen die Beteiligung von Funktionären des Strafvollzugssystems an systematischer Verletzung der Menschenrechte in den Gefängnissen, die vom Regime zu Zentren der Folter und Misshandlung gegen politische Dissidenten gemacht wurden, die sich während des im April 2018 begonnenen Aufstandes formiert hatten. Die kostenlose digitale Version können Sie hier abrufen.

Öffentliche Straftakte

Die Teilnahme von Vertretern der Nationalen Strafvollzugsanstalten an der politischen Unterdrückung in Nicaragua



**VOR ALLEM ABER ERZÄHLEN SIE
ALLEN, WAS IN NICARAGUA LOS
IST!**

ANDERE INTERNATIONALE MEDIEN

[20.10.2020- DW - Ortega intenta cortar todo vínculo con el exterior](#)

[20.10.2020- BBC - Nicaraguan President Ortega denies torture allegations](#)

[10.10.2020- LIS - Nicaragua: Cocibolca + cianuro = Ecocidio](#)

[08.10.2020- HRW - Nicaragua: Ortega Tightening Authoritarian Grip](#)

[08.10.2020- HRW - Nicaragua: Arremetida autoritaria de Ortega](#)

[08.10.2020- Red EuLat - The European Parliament adopts an urgent resolution on Nicaragua](#)

[06.10.2020- DW Español - En entrevista exclusiva con Deutsche Welle, el Obispo Auxiliar de Managua, Monseñor Silvio José Báez](#)

[03.10.2020- DW- La selva tropical caribeña agoniza día a día en Nicaragua](#)

[01.10.2020- Euronews - Nicaragua: preocupación por la nueva ley sobre “agentes extranjeros”](#)

[01.10.2020- El Diario - Las feministas debemos seguir gritando por Nicaragua](#)

[01.10.2020- DW- Activista nicaragüense gana el Nobel Alternativo](#)

[29.09.2020- El País- Agentes del enemigo](#)
